Amtliche Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Kantons Zug

Zug, 17. Mai 1991

23. Band Nr. 202

Reglement betreffend Gewährleistung des Mitspracherechts der öffentlich-rechtlichen Arbeitnehmer gegenüber dem Kanton

vom 14. Mai 1991

Der Regierungsrat,

zwecks Gewährleistung des Mitspracherechts öffentlich-rechtlicher Arbeitnehmer bei der Regelung der arbeitsrechtlichen Bedingungen durch den Kanton Zug,

beschliesst:

Das Verfahren zur Wahrnehmung der arbeitsrechtlichen Interessen öffentlich-rechtlicher Arbeitnehmer gegenüber dem Kanton wird wie folgt geregelt:

1. Arbeitnehmer

Öffentlich-rechtliche Arbeitnehmer im Sinne dieses Reglements sind:

- 1.11 die Beamten und Angestellten der kantonalen Verwaltung und der Gerichte sowie die Lehrkräfte der kantonalen Schulen;
- 1.2 die Beamten und Angestellten der selbständigen Anstalten des Kantons, insbesondere der Gebäudeversicherung und der Pensionskasse;
- 1.3 die Lehrkräfte der gemeindlichen Schulen.

154.212

2. Arbeitgeber

Arbeitgeber im Sinne dieses Reglements ist der Kanton, vertreten durch:

- 2.1 den Regierungsrat;
- 2.2 das Obergericht und das Verwaltungsgericht.

3. Gewährleistung des Mitspracherechts

- 3.1 Die arbeitsrechtlichen Interessen umfassen alle Arbeitsbedingungen, soweit die Arbeitnehmerschaft allgemein betroffen ist, d. h. insbesondere Begründung, Inhalt und Beendigung des Wahl- bzw. Anstellungsverhältnisses, Arbeitszeit, Besoldung, Sozialleistungen, Aus- und Weiterbildung sowie Vorsorge. Individuelle Massnahmen bilden nicht Gegenstand des Mitspracherechts im Sinne dieses Reglements.
- 3.2 Die Wahrnehmung dieser Interessen erfolgt durch Eingaben, Anregungen, Anträge und Vernehmlassungen der Arbeitnehmervertretungen an den Arbeitgeber sowie durch Verhandlungen zwischen Delegationen der Arbeitnehmer und des Arbeitgebers.
- 3.3 Die Arbeitnehmervertretungen haben Anspruch auf Information und Stellungnahme zu allen vom Arbeitgeber in Aussicht genommenen arbeitsrechtlichen Regelungen, sofern diese nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

4. Arbeitnehmervertretungen

- 4.1 Als Arbeitnehmervertretungen werden anerkannt der Verband der Beamten und Angestellten des Kantons Zug sowie des Lehrerinnen- und Lehrervereins des Kantons Zug als Repräsentanten der Beamten und Angestellten des Kantons und seiner Anstalten sowie der kantonalen und gemeindlichen Lehrkräfte.
- 4.2 Den Arbeitnehmervertretungen obliegt die Information der von ihnen repräsentierten Arbeitnehmer sowie die Koordination der Arbeitnehmerinteressen unter Berücksichtigung der verschiedenen Arbeitnehmerkategorien.

5. Verhandlungen

5.1 Delegationen

Für Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern bestellen Arbeitnehmer und Arbeitgeber die folgenden Verhandlungsdelegationen:

5.11 Arbeitnehmer:

- Beamtenverband: 4 Vertreter
- Lehrerverein: 2 Vertreter

5.12 Arbeitgeber:

- Regierung: 3 Vertreter (Finanzdirektor von Amtes wegen)
- Gerichte: 1 Vertreter

5.2 Organisation

5.21 Vorsitz

Der Finanzdirektor führt den Vorsitz.

5.22 Sekretariat

Das Sekretariat wird von der Zentralstelle für Personalfragen besorgt.

5.23 Einberufung

Die Verhandlungsdelegationen treten wenigstens einmal jährlich zusammen; ferner, wenn zwei Delegierte es unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangen.

Der Vorsitzende veranlasst die Einladung unter Bekanntgabe der Traktanden.

5.3 Verhandlungsziel

Die Verhandlungen dienen der gegenseitigen Information, der Aussprache und dem Meinungs Austausch sowie der Darlegung unterschiedlicher Auffassungen. Ziel ist die Annäherung der gegenseitigen Standpunkte und nach Möglichkeit die Herbeiführung einvernehmlicher Lösungen.

Es können keine rechtsverbindlichen Beschlüsse gefasst werden.

Die Delegationen informieren die Arbeitnehmer bzw. Arbeitgeber über die Verhandlungsergebnisse.

6. Schlussbestimmungen

6.1 Dieses Reglement tritt am 1. Juni 1991 in Kraft.

6.2 Gleichzeitig wird das Reglement für die Paritätische Personalkommission vom 4. März 1974 aufgehoben.

Zug, den 14. Mai 1991

Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann

A. Iten

Der Landschreiber

H. Windlin